



NIEDERSCHRIFT

über die 36. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 21.05.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:47



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

ab TOP 2 ö.S. 17.15 Uhr

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

ab TOP 5 ö.S. 18.09 Uhr

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Dr. Thomas Waßmuth	(Energie Südwest AG)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn

FWG

Dr. Peter Leydecker



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat die Tagesordnung um nachfolgende Anträge zu erweitern:

- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: „Die aktuelle Lage des Geothermieprojekts und dessen Perspektiven nach der Entscheidung des Aufsichtsrates der Energie Südwest“
als Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung
- und
- Antrag des Beirates für Migration und Integration: „Unterbringung von Asylbewerbern“
als Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Manfred Ecker
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zur EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie in Bezug auf die kommunale Daseinsvorsorge
Vorlage: 101/170/2013
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Radweg Horst-Südstadt
Vorlage: 101/171/2013
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Die aktuelle Lage des Geothermieprojekts und dessen Perspektiven nach der Entscheidung des Aufsichtsrates der Energie Südwest
Vorlage: 101/172/2013
6. Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 100/095/2013
7. Bau der Anbindung des Kreisels West an die Otto-Hahn-Straße; Abriss des brandgeschädigten Gebäudes Kraftgasse 51
Vorlage: 230/168/2013
8. Finanzierung der Kindertagesstätten in Landau in der Pfalz
Erhöhung der Sachkostenpauschale
Vorlage: 510/046/2013
9. Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung der Bebauungspläne C 6, C 6a und Neufassungsplan I zum Bebauungsplan C 6a und Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes C 6a-Neuaufstellung
Vorlage: 610/222/2013
10. Benennung eines Fußweges
Vorlage: 620/006/2013



11. Neubau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule
Vorlage: 820/103/2013
12. Neubau Bahnhofpunkt "Landau (Pfalz) Süd"; Bauvertrag für die Infrastrukturmaßnahme
"Neubau des Haltepunkts Landau (Pfalz) Süd"
Vorlage: 860/177/2013
13. Befristete Beschäftigung von 4 gewerblichen Bediensteten für den Bauhof des EWL
Vorlage: 860/183/2013
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Kreisel trug einige Fragen zur Geothermie vor.

1. Ist Ihnen bekannt, dass eine Expertenkommission sich mit dem Problem seismischer Störungen beschäftigt hat. Fachleute, wie Naturwissenschaftler, Seismologen, Physiker und Ingenieure, haben den Entscheidungsträgern eine vom Bund und Land mitfinanzierte 3. Bohrung, eine sogenannte Entlastungsbohrung empfohlen, zur Dämpfung der seismischen Auswirkungen und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Nach den abgeschlossenen Planungen hierfür und Auslösen diverser Beschaffungsaktivitäten treffen Sie nunmehr eine gegensätzliche Haltung mit Verzicht auf eine 3. Bohrung. Welche wissenschaftlichen oder eigene Erkenntnisse haben Sie zu dieser Meinungsumkehr veranlasst, welches sind die Fachleute, deren Rat Sie befolgten?
2. Die in der Nähe der Geothermieanlage entstehenden Wohngebäude auf dem Gartenschaugelände werden keine Chance der thermischen Nutzung haben. „Kostenlos“ geförderte Wärmeenergie wird die Nebenkosten dieser Wohnobjekte nicht senken können, wenn sie nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Teilen Sie die Auffassung, dass die Wirtschaftlichkeit, Qualität und weitere Vermarktung erschwert wird?
3. Die dritte Bohrung für die Geothermie ist Bestandteil eines Sicherheitskonzeptes dieser innovativen Technik. Die seismischen Einflüsse sollen dadurch minimiert werden und der Schutz vor Einwirkungen auf die Gesundheit der Menschen und Ihrer Sachwerte verhindert werden. Welche Ersatzlösungen schweben Ihnen vor. Wie wollen Sie die seismische Unruhe im Rheingraben zukünftig überhaupt reduzieren und wie können Sie die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger mindern?
4. Die finanziellen Belastungen auf die Gesellschaft Energie Südwest sind nicht unerheblich. Stimmen Sie mit mir überein, dass 49 % aus dem Gewinn (51 % werden ins Saarland abgeführt) mittelfristig nicht ausreichen, um die Verpflichtungen wie Festhalle, Freibad, Hallenbad, Sauna, Kindergarten, Altes Kaufhaus... zu decken? Im Mainzer Wirtschaftsministerium waren Sie im März 2012 noch ein starker Verfechter, eine dritte Bohrung zu installieren. Erscheinen Risiken oder Mitbeteiligungen die „Suppe“ zu versalzen?
5. Wäre es sinnvoll aus dem Unternehmen geoX auszusteigen und den Pfalzwerken die zweite 50% Hälfte anzubieten, um technologisch handlungsfähiger zu sein und Ihnen, der ESW, den finanziellen Spielraum zu gewährleisten?
6. Beschädigen Sie mit derartigem unternehmerischen Verhalten nicht zu sehr die Bundesregierung mit seinem Umweltministerium und das Land Rheinland-Pfalz in seiner Fördermittelbereitschaft Forschung und Entwicklung zu betreiben?
7. Wäre es gleichfalls sinnvoll, sich bei den Förderern für die finanzielle Fehleinschätzung zu entschuldigen um einen Rückschlag auf künftiges Begehren nicht zu beeinträchtigen?
8. Welche Rückabwicklungskosten erwarten Sie für die ESW und damit für die Stadt?

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass er zu den meisten der gestellten Fragen ohnehin unter Tagesordnungspunkt 5 etwas sagen werde. Den Rest werde er schriftlich beantworten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Manfred Ecker

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Herrn Manfred Ecker. Seit über 60 Jahren sei Herr Ecker ehrenamtlich engagiert. Aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit habe sich dies nicht nur auf Landau erstreckt. Der Name Manfred Ecker sei untrennbar mit dem Tennissport in Landau verbunden. Zunächst sei er in den Jahren 1954 bis 1962 Jugendvertreter, Übungsleiter und Mitglied des Gesamtvorstandes im TC Schwarz-Weiß gewesen. Nach den Jahren außerhalb von Landau sei er dann von 1990 bis 2002 Vorsitzender des TC Schwarz-Weiß gewesen. Seit 1998 sei er Präsidiumsmitglied des Tennisverbandes Pfalz und leite dort seit 2005 den Arbeitskreis Vereinsmanagement. Mittlerweile 14 Jahre, seit 1999, sei er Vorsitzender des Gesamtvereins ASV Landau, dem zweitgrößten Sportverein in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus sei er seit 1995 Mitglied im Sportausschuss und im Sportstättenbeirat der Stadt Landau sowie seit 2011 Beisitzer im Beirat des Freundeskreises der Landesgartenschau und dort Leiter des Arbeitskreises 1 „Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit“. All sein Engagement bringe er mit Herzblut und unter Einsatz seiner Persönlichkeit. Manfred Ecker sei ein Gentleman des Sports, der seine Überzeugungen hart aber fair vertreten habe. Dafür sei die Stadt Landau zu großem Dank verpflichtet. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung dieser außergewöhnlichen sportlichen Verdienste in der Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Manfred Ecker die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Ecker bedankte sich für die Ehrung. Es erfülle ihn mit Demut, dass es aufgrund seiner Entscheidungen in all den Jahren nie zu einem Personen-, Sach- oder Vermögensschaden gekommen sei. Ihm sei es nie um ein Amt, sondern immer nur um die Sache gegangen, die ihn gereizt habe. Er habe nie nur verwalten, sondern gestalten wollen. Das Geheimnis des Könnens liege im Wollen. Er sei stolz auf das Erreichte und auf diese Ehrung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Resolution zur EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie in Bezug auf die kommunale Daseinsvorsorge

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 2. Mai 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Wasser sei das wichtigste Grundnahrungsmittel überhaupt. Die Menschen hätten ein Recht auf gutes und gesundes Wasser.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Heute würde sich zeigen, wie die Themen Energiewende und Versorgungssicherheit auch in Landau direkte Auswirkungen haben. Hinter dieser Dienstleistungskonzessionsrichtlinie verberge sich die konkrete Gefahr, dass die bewährte Struktur der Wasserversorgung in Deutschland torpediert werde. Für die Verbraucher sei es ganz sicher kein lohnendes Ziel, den Wettbewerb in diesem Bereich zu liberalisieren. Die Pläne der EU widersprächen den Interessen und der Handlungsfreiheit der Kommunen. Die kommunale Wasserwirtschaft sei ein Garant für die herausragende Qualität des Trinkwassers. Das Landauer Wasser sei von herausragender Qualität und eben kein anonymes Gut. Mit diesem Anliegen sei man in guter Gesellschaft mit vielen anderen Kommunen und dem Deutschen Städtetag. Dieses Thema gehe auch die Menschen in Landau an, die man sensibilisieren müsse. Über das Wasser müsse in den Kommunen und nicht an der Börse entschieden werden. Diese Resolution solle ein deutliches Zeichen setzen.

Bürgermeister Hirsch unterstrich ebenfalls, dass man mit der Resolution in guter Gesellschaft mit anderen Kommunen sei. In Landau habe man erst vor 2 Jahren ein umfangreiches Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Der Rat habe damals den Auftrag zur Wasserversorgung für weitere 30 Jahre, also bis zum Jahr 2042 an die Energie Südwest vergeben. Daher sei man aktuell von diesem Thema nicht betroffen. Dennoch sei es richtig, dieses Zeichen zu setzen. Die Wasserversorgung sei eine durchaus anspruchsvolle Aufgabe. In den letzten Jahren seien von der Energie Südwest allein 10 Millionen Euro investiert worden in die Instandhaltung des Landauer Wassernetzes. Daher sei ein solches Signal an die Entscheidungsträger in Brüssel durchaus lohnenswert.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es für die CDU-Stadtratsfraktion keinen inhaltlichen Dissens mit der Resolution gebe. Diese Resolution sei an einen zu großen Adressaten gerichtet. Er bezweifle daher den Wert dieser Resolution.

Ratsmitglied Schröer unterstützte die Resolution ebenfalls, auch wenn man in Landau noch in relativer Sicherheit sei. Wasser sei eine wichtige Ressource, mit dem man keine Geschäfte und Gewinne machen dürfe. Sie regte an, dass der Stadtrat der Europäischen Bürgerinitiative beitrete, wie dies auch Bündnis 90 /Die Grünen getan hätten.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass die Intention dieser Resolution nicht verkehrt sei. Wasser als elementares Gut habe einen so hohen Stellenwert, dass man alles für den Erhalt dieser hohen Qualität des Wassers tun müsse. Auch der Preis müsse so gestaltet sein, dass man auch weiter von einem Allgemeingut sprechen könne. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Silbernagel erinnerte daran, dass die FDP versucht habe, die Liberalisierung des Wassers aus dieser Richtlinie heraus zu bekommen. Ausgerechnet das Thema Wasser mit in diese Richtlinie zu nehmen sei ein Bärendienst der EU. Es seien auch nicht alle Stadtwerke betroffen. Laut Presse seien es derzeit nur 5 Stadtwerke bundesweit. Landau wäre also gar nicht betroffen. Zudem solle die Richtlinie erst 2020 in Kraft treten. Das Gesetzgebungsverfahren sei auch noch nicht abgeschlossen, so dass man weiterhin versuche, die Wassersparte herauszunehmen. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass ihr hier das Zitat „Wehret den Anfängen“ einfalle. Es gebe sehr starke Machtgruppen, die die Privatisierung des Wassers vorantreiben wollen. Auch in Landau sei das



Trinkwasser durch das Joint venture bereits teilprivatisiert. Sie sei der Meinung, dass diese Resolution dennoch sinnvoll sei. Es sei dies ein Signal, das sinnvoll sei. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Der Vorsitzende unterstrich, dass er durchaus die Auffassung teile, dass Resolutionen ihre Grenzen hätten. Allerdings sehe er dies in diesem Fall etwas anders. Wenn, wie hier, viele hunderte Resolution bei den Abgeordneten eingehe, dann habe dies mit Sicherheit Wirkung.

Ratsmitglied Dr. Blinn warb dafür, nicht zu kleinmütig zu sein und die Meinung zu haben, nichts bewegen zu können. Die EU wolle ein Globalisierungsabkommen mit den USA abschließen. Globalisierung komme allerdings nicht über uns wie Unwetter. Es seien immer Menschen die dort handeln, es seien Abgeordnete und Regierungen. Die Globalisierung werde auf uns durchschlagen. Im Gegensatz zum Handel mit Gütern berühre der Handel mit Dienstleistungen das Gemeinwesen und die Wirtschaftsordnung.

Ratsmitglied Brunner stimmte Herrn Dr. Blinn grundsätzlich zu. Man sei nicht ohnmächtig und die Resolutionen nicht wertlos. Die europaweite Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ habe in ganz Europa schon 1 Million Unterschriften gesammelt. Unsere Bundesregierung habe sich leider noch nicht mit dem Thema befasst.

Der Vorsitzende dankte für die engagierten Beiträge. Man sollte sich als Stadtrat manchmal eine solche Debatte gönnen.

Ratsmitglied Schröer bat darum, den Link zur europäischen Bürgerinitiative auf die städtische Homepage zu setzen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er dies gerne prüfen lasse.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

gemäß dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion die Resolution zur geplanten EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Radweg Horst-Südstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 7. Mai 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Prokop erläuterte den Antrag. Mit dem Antrag greife man einen Vorschlag der Aktion „Unser Horst“ auf. Man könne sich vorstellen, vorhandene Wege einzubeziehen, sofern dies Sinn mache. Durch einen solchen durchgängigen Radweg ergebe sich eine bessere Anbindung des Horst an die Kernstadt und die Südstadt. Die CDU-Fraktion beantrage, die Herstellung einer solchen Radwegverbindung zu prüfen und dabei auch einen Vertreter der Aktion „Unser Horst“ miteinzubinden.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass man mit einer Verweisung dieses Prüfauftrages in den Bauausschuss einverstanden sei.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Grünen bei Radwegen salopp gesagt glänzende Augen bekämen. Daher unterstütze man gerne diesen Prüfauftrag.

Ratsmitglied Gauer unterstützte für die FWG-Stadtratsfraktion den Prüfauftrag ebenfalls.

Ratsmitglied Marquardt fand es generell gut neue Radwegverbindungen zu schaffen. Parallel hierzu sei auf Queichheimer Seite schon ein Radweg vorhanden. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Prüfantrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 7. Mai 2013, die Herstellung einer Radwegeverbindung vom Bahn-Stellwerk an der Horstbrücke bis zum Neuen Park&Ride-Parkplatz an der Queichheimer Brücke zu prüfen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Die aktuelle Lage des Geothermieprojekts und dessen Perspektiven nach der Entscheidung des Aufsichtsrates der Energie Südwest

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14. Mai 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe immer die Verantwortung der Stadt Landau gesehen, regenerative Energien mitzutragen. Dabei müsse man auch gewisse Risiken eingehen. Als man der Geothermieanlage zugestimmt habe, sei von technischen Problemen nie die Rede gewesen. Es sei ausschließlich um wirtschaftliche Risiken gegangen. Gewisse seismische Ereignisse seien eindeutig zuordenbar. Daher müsse man sich schon überlegen, ob man auf Dauer gegen den Willen der Bevölkerung ein Projekt fortsetzen könne. Zumal weitere Störungen auch durch eine dritte Bohrung nicht ausgeschlossen werden könnten.

Bürgermeister Hirsch informierte zum aktuellen Sachstand. Man sei sich immer einig gewesen, dass die Geothermieanlage kein Forschungsprojekt sein werde, sondern ein Pilotprojekt. Es habe dann diese seismischen Ereignisse gegeben, die zu einer Druckreduzierung geführt habe. Man sei sich immer einig gewesen, dass die Anlage nur die Unterstützung haben werde, wenn sie sicher und wirtschaftlich geführt werden könne. In dieser Konstellation sei dies nicht gegeben gewesen. Daher sei man seit ca.

1 ½ Jahren mit den Partnern im Gespräch, welche Möglichkeiten es gebe, dass die Anlage nicht zum andauernden Groschengrab werde. Es gab dann die Option einer dritten Bohrung. Mit allen Partnern seien sogenannte Meilensteine vereinbart worden, die jetzt abgearbeitet seien. Jetzt würden alle Fakten vorliegen und deshalb musste jetzt eine Entscheidung getroffen werden. Der Aufsichtsrat der Energie Südwest habe diese Fakten gewichtet und eine Entscheidung getroffen vor dem Hintergrund, dass man Schaden vom Unternehmen und von den Bürgern abwenden müsse. Aktuell sei man bei einer Investitionssumme von 10,6 Millionen Euro für eine dritte Bohrung bei einer nach oben offenen Kostenskala. Bergbau, und nichts anderes sei die Geothermie, könne immer wieder zu Überraschungen führen. Aus verschiedenen Töpfen hätte es Zuschüsse geben sollen, die aber um eine 1 Million Euro weniger seien als gedacht. Somit habe sich das zusätzliche Haftungspotential der Energie Südwest von ursprünglich 0,8 Millionen Euro auf jetzt 3,6 Millionen Euro erhöht. Es hätte eine dauerhafte Verpflichtung der ESW gegeben, Geld in dieses Projekt zu pumpen. Eine solche Verantwortung habe der Aufsichtsrat nicht übernehmen können. Zumal auch die verbesserte Anlage in Insheim zu Erschütterungen führe. Bedenklich habe auch gestimmt, dass die Gutachtermeinungen zur dritten Bohrung uneinheitlich seien. Deshalb habe der Aufsichtsrat zu diesem Projekt gegeben. Dies sei kein Wankelmut oder Überraschung für die Partner gewesen, da man immer nur von einer Option gesprochen habe. Es habe nie einen Blankoscheck für die dritte Bohrung gegeben. Alle Entscheidungen seien aus Unternehmenssicht der Energie Südwest getroffen worden. Aus städtischer Sicht komme erschwerend hinzu, dass die Anlage an einem sehr sensiblen Gelände in Nähe zur Landesgartenschau und zum künftigen Wohnpark Am Ebenberg stehe. Der Geschäftsführer der geoX sei aufgefordert, einen aktuellen Statusbericht zu erstellen. Auf der Grundlage dieses Berichtes werde man mit allen anderen Beteiligten sprechen. Dabei gehe es auch um zukünftige energetische Angebote für den Wohnpark Am Ebenberg.

Ratsmitglied Dr. Kopf fand es sehr bedauerlich, wie es jetzt gekommen sei. Es sei schade, dass es nicht gelungen sei, ein wirtschaftlich tragbares Konzept für die Tiefengeothermienutzung zu erstellen. Gegenüber der SPD habe bei einem Ortstermin kein Bewohner des Quartier Vauban geäußert, dass er Angst vor der Geothermie habe. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, dass die Erdwärmeversorgung in diesem Gebiet sichergestellt werden könne. Man müsse nun sehen, wie sich die Sache entwickle, noch sei nicht „Schicht im Schacht“. Allerdings müsse man sich eingestehen, dass die Stadt Landau auf die weitere Entwicklung nur beschränkt Einflussmöglichkeiten habe.

Ratsmitglied Kautzmann betonte, dass der Aufsichtsrat gar keine Alternative mehr gehabt habe. Als Stadt oder Energie Südwest könne man nicht die Forschung der Geothermie am Oberrhein finanzieren. Selbst wenn man es wolle, ginge es nicht. Er habe in all den Jahren nie einen Aufschrei gehört, dass



man aus der Geothermie aussteigen solle. Auch das langsame und bewusste Vorgehen habe bis heute 7 Millionen Euro gekostet. Die Grundlage für die Entscheidung sei in erster Linie die wirtschaftliche Seite. Natürlich seien auch die Ängste und Bedenken der Menschen berücksichtigt worden. Man könne nicht ignorieren, dass viele den Eindruck hätten, man sitze hier auf einem Pulverfass. Es sei keine Angst vor der neuen Technologie, sondern eine rationale Entscheidung gewesen.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Interessenslage doch sehr unterschiedlich sei. Man könne nicht alles in einen Topf werfen. Sie könne verstehen, dass man den Ausstieg aus wirtschaftlichen Gründen wolle. Dies sei nachvollziehbar. Es gebe aber auch viele Fragen. Wenn man das in Insolvenz schicke, könne ein anderer Investor dies weiter betreiben. Es sei die Frage, ob man da grundsätzlich raus müsse. Die Sicherheitsfrage hätte man viel früher beantworten müssen. Irgendwann hätte klar sein müssen, wohin der Zug gehe. Auch der Bund stelle viele Mittel bereit, um die Geothermie einzuhausen bis zur Landesgartenschau. Es gebe außerdem die Vorgabe, bis zur Landesgartenschau mit der dritten Bohrung fertig zu sein. Es gebe hier noch viele Fragen, die man gerne beantwortet hätte.

Ratsmitglied Kautzmann erwiderte, dass es ein Abwägungsprozess nach den verschiedenen Gutachten sei. Es sei nicht leichtfertig entschieden worden. Die Wahrscheinlichkeit dass es gut gehe, sei wesentlich geringer. Man habe einmütig entschieden, bis hierher und nicht weiter. Die Möglichkeiten der Stadt Landau seien erschöpft.

Ratsmitglied Volkhardt hielt es für angebracht, die Reißleine zu ziehen, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen. Es sei keine Ad-hoc-Entscheidung des Aufsichtsrates gewesen. Immer wieder seien Mittel nachgeschoben worden immer mit der Begründung, dass es das letzte Mal sei. Sicherlich sei es schade, dass der Versuch gescheitert sei. Es sei aber mehr als fraglich, ob die Anlage störungsfrei und wirtschaftlich betrieben werden könne. Die Chancen und Risiken der Geothermie seien nur schwer gegeneinander abzuwägen. Im Gegensatz zu den Pfalzwerken sei man nicht der Meinung, dass die dritte Bohrung die Anlage wirtschaftlicher und sicherer machen würde. Die Anlage in Insheim habe dies bewiesen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass das Geothermieprojekt mit großer Euphorie gestartet sei. Leider sei diese Euphorie der Wirklichkeit gewichen mit seismischen Störungen und wirtschaftlichen Kosten. Der Aufsichtsrat sei hier in einer gewissen Bredouille gewesen. Die Entscheidung sei auch gut für die Kunden der Energie Südwest, die letztlich die Rechnung zahlen müssten. Als FDP-Stadtratsfraktion stehe man hinter der Entscheidung. Trotzdem sollte man das ganze weiter begleiten.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass die UBFL bezüglich der Gefahreinschätzung einen Schritt voraus gewesen sei. Geld in eine neue Technologie zu stecken, sei seiner Meinung nach nicht verkehrt. Auf Dauer aber müsse eine solche Anlage wirtschaftlich zu betreiben sein. Es sei müßig darüber zu diskutieren, ob es richtig war bisher das Geld zu investieren. Letztlich zahle ohnehin immer der Bürger die Zeche. Daher sei es vollkommen richtig, jetzt auszusteigen, da die Geothermie zumindest vorläufig eine unausgereifte Technologie sei. Die UBFL-Stadtratsfraktion sei froh, dass die Sache ein Ende habe und man mit einem blauen Auge davon komme.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es nicht richtig sei immer nur die anderen neue Technologien probieren zu lassen. Es habe nie objektive Gefahren gegeben, sondern lediglich Risiken. Auch wenn man bereit sei, sich der Sache zu stellen, sei irgendwann der Punkt erreicht, an dem es nicht mehr wirtschaftlich sei. Man könne heute nicht alle Fragen beantworten. Mit den Partnern, den Pfalzwerken, müsse man nun das weitere Vorgehen besprechen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach von einer nachvollziehbaren Begründung der Entscheidung des Aufsichtsrates. Jetzt müsse man sich mit größerer Intensität der Frage nach den Perspektiven widmen. Das Projekt sei ja nicht zu Ende. Es stellten sich verschiedene Fragen, welche Auswirkungen die Entscheidung der Energie Südwest habe. Wie groß sei die Gefahr, dass die Firma geoX in Insolvenz



gehe? Gebe die Stadt Landau ein Handlungsinstrument aus der Hand? Bestehe die Gefahr einer Schadensersatzforderung an die Stadt?

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass die Insolvenz eine der theoretischen Möglichkeiten sei, die im Raum stehe. Es gebe aber auch zahlreiche andere Möglichkeiten, die man nun in Gesprächen ausloten müsse. Im Energiemix der Zukunft sei die Geothermie vom Land nur noch mit 2 % veranschlagt. Das Land habe daher nur ein sehr überschaubares Bedürfnis, noch weiter Geld zur Verfügung zu stellen. Mittel des Bundes gebe es nur für Forschungsvorhaben, die aber immer einen ungewissen Ausgang hätten. Einer juristischen Auseinandersetzung sehe man im Übrigen mit einer gewissen Gelassenheit entgegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 13. Mai 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Frau Franziska Hauptmann, Nordring 11 a, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Bau der Anbindung des Kreisels West an die Otto-Hahn-Straße; Abriss des brandgeschädigten Gebäudes Kraftgasse 51

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 11. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion gegen den Bau des Kreisels sei und daher hier ebenfalls mit Nein stimme.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

dass die für den Abriss des brandgeschädigten Gebäudes Kraftgasse 51 erforderlichen Mittel von ca. 34.000,00 € im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2013 auf dem Produktkonto 5410.096352 überplanmäßig zur Verfügung gestellt und zur Auszahlung bereitgestellt werden.

Der von der Bayerischen Landesbrandversicherungs AG zu erwartende Erstattungsbetrag, der zum jetzigen Zeitpunkt der Höhe nach noch nicht beziffert werden kann, ist hierauf anzurechnen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Finanzierung der Kindertagesstätten in Landau in der Pfalz
Erhöhung der Sachkostenpauschale**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 5. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Träger der Landauer Kindertagesstätten erhalten von der Stadt Landau ab 2014 einen Zuschuss zu den Sachkosten in Höhe von 4.000 € pro Gruppe und Jahr.

Die sonstigen vertraglichen Regelungen zu Sachkosten bleiben davon unberührt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung der Bebauungspläne C 6, C 6a und Neufassungsplan I zum Bebauungsplan C 6a und Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes C 6a-Neuaufstellung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Der Rat der Stadt Landau beschließt für den Teilbebauungsplan C 6 „Bebauung zwischen Lohgraben und Eichbornstraße“ vom Februar 1951, genehmigt am 14.06.1954, die Aufstellung der Aufhebung (Anlage 1).**
2. **Der Rat der Stadt Landau beschließt für den Änderungs- und Erweiterungsplan C 6a zum Teilbebauungsplan C 6 vom 12.10.1959, genehmigt am 04.05.1961, die Aufstellung der Aufhebung (Anlage 2).**
3. **Der Rat der Stadt Landau beschließt für den Neufassungsplan I zum Bebauungsplan C 6a vom 20.11.1969, genehmigt am 26.03.1970, die Aufstellung der Aufhebung (Anlage 3).**
4. **Der Rat der Stadt Landau beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan C 6a-Neuaufstellung vom 21.09.1993 welcher am 9.11.1993 vom Stadtrat beschlossen und am 15.12.1993 im Amtsblatt Nr. 46/1993 bekanntgemacht gemacht wurde. (Anlage 4).**
5. **Die Verwaltung wird für die in den Punkten 1-3 genannten Verfahren beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Benennung eines Fußweges

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

auf Anregung des Freundeskreises Landesgartenschau Landau in der Pfalz 2014 e.V., den Verbindungsweg an der Queich, zwischen An 44 und Westring, Fl.Nr. 4792, mit dem Namen, Am Brückengarten, zu benennen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Neubau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 4. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler bezeichnete den Beschluss zum Neubau einer Sporthalle als Meilenstein für das Kollegium und die Schüler der Berufsbildenden Schule. Man stelle weitere Weichen für den Sport. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde.

Ratsmitglied Schröer stimmte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Freiermuth freute sich außerordentlich über die Vorlage. Für die Berufsbildende Schule sei dies wie vorgezogene Weihnachten. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage natürlich zu. Bei der Anwohnergemeinschaft seien zwei Anregungen gegeben worden. Bemängelt werde die Ebenenigkeit der Halle mit dem Sportplatz. Es sei eine Überlegung die Halle 20 cm höher zu setzen, um Wassereintritt bei starkem Regen zu vermeiden. Zudem sei der Wunsch geäußert worden, die Parkplätze links von der Halle zu platzieren.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass sich die Berufsbildende Schule im Laufe der Jahrzehnte verändert habe. Daher sei eine Sporthalle unumgänglich. Der Sitzungsvorlage stimme die FDP-Stadtratsfraktion gerne zu.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte, dass die UBFL vor geraumer Zeit diesen Antrag gestellt habe. Er sei erfreut, dass dies nun umgesetzt werde. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Götz erläuterte zu den Anregungen von Herrn Freiermuth, dass diese Prüfungen derzeit laufen würden. Wenn nichts dagegen spreche, könne man die Parkplätze auch auf die andere Seite verlegen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

der vorliegenden Planung für die Sporthalle an der Berufsbildenden Schule mit einem Satteldach, welches über die Nebenräume geschleppt ist, zuzustimmen.

Über die bisher als Grundlage zur Förderung vorgelegte Planung hinaus wird beschlossen, dass die Nebenräume insgesamt eine Zwischendecke erhalten und dass dort im Obergeschoss neben dem Technikraum weitere Lagerräume hergestellt werden. Zur Erschließung dieses Bereiches wird eine Innentreppe eingebaut.

Weiterhin wird auch im Obergeschoss die Wandfläche zur Halle hin analog zum Erdgeschoss geöffnet und mit Ballfangnetzen versehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

**Neubau Bahnhofpunkt "Landau (Pfalz) Süd"; Bauvertrag für die
Infrastrukturmaßnahme "Neubau des Haltepunkts Landau (Pfalz) Süd"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 11. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach der Zeitschiene für den Bau des Bahnhofpunktes.

Herr Eck erklärte, dass man sehr gut im Zeitplan liege und den neuen Bahnhofpunkt zum Fahrplanwechsel 2013/14 übergeben kann.

Ratsmitglied Schröder sagte, dass man gute Dinge immer wieder loben sollte. Dies sei aus Sicht der Siedlungspolitik und der Verkehrspolitik eine sehr gute Maßnahme. Sie hoffe, dass diese neue Option von den Anwohnern gut angenommen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Dem Bauvertrag mit Anlagen zwischen der Stadt Landau in der Pfalz, dem Zweckverband SchienenPersonenNahVerkehr Rheinland-Pfalz-Süd und der DB Station & Service AG wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Befristete Beschäftigung von 4 gewerblichen Bediensteten für den Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 30. April 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion dies gerne unterstütze, da es für die Menschen eine kleine Perspektive sei. Sie wollte wissen, ob es hier auch eine Option auf Dauerarbeitsplätze gebe.

Bürgermeister Hirsch wies auf den nach wie vor existierenden Beschluss des Stadtrates zur Personalstärke des Baubetriebshofes hin. Dies hier seien Sonderaktivitäten, aus der es aber keinen Automatismus gebe, wieder mehr Personal zu schaffen. Wenn man dies anders wolle, brauche man einen neuen Grundsatzbeschluss.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Es wird zugestimmt, dass 4 gewerbliche Bedienstete für den Bauhof ab 22.05.2013 befristet bis zum 21.01.2014 eingestellt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf den Termin für die Verleihung der Ehrenplakette an Herrn Professor Sarcinelli am 13. Juni 2013 um 18.00 Uhr im Foyer des Alten Kaufhauses hin.

Beigeordneter Klemm gab einen kurzen Sachstandsbericht zu der geplanten Einrichtung regionaler Energieagenturen. Nach dem Schreiben des Ministeriums im Februar habe er ein zunächst internes Gespräch mit den weiteren betroffenen Kommunen Stadt Neustadt, Kreis Südliche Weinstraße, Kreis Germersheim und Kreis Bad Dürkheim initiiert. Dabei habe man sich auf ein positives Votum für die Einrichtung einer regionalen Energieagentur verständigt. Als nächsten Schritt habe man nun um ein Gespräch mit Staatssekretär Hüser aus dem Umweltministerium gebeten. Ziel sei es, nach den Sommerferien die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Nähere Erläuterungen werde er noch in der Sitzung des Umweltausschusses geben.

Bürgermeister Hirsch informierte, dass er heute morgen entschieden habe, dass Freibad aufgrund der derzeitigen Witterungsverhältnisse wieder zu schließen. Das Freibad koste jeden Tag rund 1.000 Euro Betriebskosten, die man so einsparen könne. Sobald das Wetter besser werde, werde man wieder öffnen.

Ratsmitglied Heuberger erkundigte sich, ob das Torgebäude in der Cornichonstraße umgesetzt werde und wenn ja, ob dann eine Fertigstellung bis zur Landesgartenschau gewährleistet sei.

Herr Kamplade erklärte, dass er keine anderen Informationen habe. Seines Wissens sei die Vergabe an ein namhaftes Bauunternehmen erfolgt, mit den Arbeiten solle Mitte Mai begonnen werden.

Ratsmitglied Eisold sprach das Gebiet um die Ölpumpe in der Helmbachstraße an. Es gebe Gerüchte, dass dort eine Bebauung vorgesehen sei.

Herr Kamplade erwiderte, dass ihm davon nichts bekannt sei. Er werde Informationen einholen und im Bauausschuss entsprechend informieren.

Ratsmitglied Brunner sprach die Verkehrssituation in der Annweiler Straße an. Diese sei höchstgefährlich. Stadteinwärts werde auf der rechten Seite durch wilde Parkerei eine unerträgliche Parksituation geschaffen, die durch ausweichende Fahrzeuge gefährliche Situationen für Radfahrer schaffe. Sie regte an, stadteinwärts ein Parkverbot zu erlassen.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann bestätigte die Ausführungen von Frau Brunner.

Ratsmitglied Scharhag erklärte, dass diese Problematik im Arbeitskreis Verkehr besprochen worden sei. Man habe sich darauf verständigt, dass der Radfahrstreifen mit Noppen versehen werde. Diese Entscheidung halte er nach wie vor für richtig, passiert sei aber bisher nichts.

Ratsmitglied Volkhardt hielt den Vorschlag für berechtigt.

Der Vorsitzende schlug vor, das Thema nochmals im Arbeitskreis Verkehr und dann im Bauausschuss zu behandeln.

Ratsmitglied Hott sprach die Problematik mit den Saatkrähen und Tauben an. Er bitte, im Umweltausschuss zu beraten, wie man diese Problematik angehen könne.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem Sachstand zum Neubau des Polizeigebäudes.



Der Vorsitzende erläuterte, dass es seines Wissens keine neueren Erkenntnisse gebe. Allerdings sei die Stadt hier auch nicht Herr des Verfahrens. Das Bauamt werde beim Land den aktuellen Stand erfragen und berichten.



Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 21.05.2013 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 105.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete